

um-
Za-
und
erzen-
Praxis-
ämm-

sole

Kon-
md
am
bis
ekim
pro-
rd auf
frei.

Grad
Grad
l/qm
Std.

Grad
Grad

(1998)
(1994)

Noske
23
10-610
hshweilg.
18 Uhr,

ns
veig,
20 Uhr.
inen
er unter
rn unserer
n wir sie
rbindung:
Nr. 146 910,
ter

dem Naturschutzgesetz das Fällen von Bäumen erlaubt. Für die Zeit

Reden Sie mit!

Was halten sie von den vielen Baumfällungen derzeit?

Braunschweiger Zeitung.de

Was sagt die Stadt?

In jedem Einzelfall, betont die Stadt, gebe es gute Gründe, wenn Bäume gefällt werden, etwa, wenn es um Sicherheit oder um Neubauprojekte gehe. Und zudem: Die Stadt fälle nicht nur Bäume, sie pflanze auch neue – in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde, so Sprecher Adrian Foitzik.

ten.

Allerdings: Die Bäume stehen unter dem Schutz des aktuell noch geltenden Bebauungsplans, der in Kürze geändert werden soll. Staake hatte deshalb bei der Stadt beantragt, die Bäume ausnahmsweise vorab, bis Ende Februar, fällen zu dürfen. Die Verwaltung ist bereit, das Fällen zu genehmigen,

Staake sieht ein Problem auf sich zukommen: Denn falls sein Antrag nicht in den nächsten Tagen genehmigt wird, könnten die Bauarbeiten erst beginnen, wenn die Bäume nicht mehr geschützt sind: im Oktober. Auch im Ausschuss war aber betont worden, dass man keine große zeitliche Verzögerung verursachen wolle.

- Privatgärten, Gärtnereien oder Baumschulen,
- zulässige Bauvorhaben, wenn nur geringfügiger Gehölzbewuchs beseitigt werden muss,
- und für Maßnahmen, die der Verkehrssicherheit dienen.

Theologe: Es ist kein Spaß, von „Bio-Deutschen“ zu reden

Der Niedersächsische Integrationsrat diskutiert im Rathaus darüber, wie Integration gelingen kann.

Von Charlotte Morgenthal und Nele Behrens

Braunschweig. Wie gelingt Integration? Eine kurze Frage, auf die es unzählige lange Antworten gibt. Am Wochenende befasste sich der Niedersächsische Integrationsrat bei seiner Tagung in Braunschweig damit. Er vertritt die Interessen aller zugewanderten Bevölkerungsgruppen auf Landesebene.

Zu den Teilnehmern der Tagung gehörte auch die Braunschweigerin Mona Al-Masri, die das Haus der Kulturen vertrat. Sie stammt aus Syrien und lebt seit vielen Jahren in Deutschland. „Manchmal habe ich das Gefühl, jedes Mal von vorne anfangen zu müssen“, sagte sie und machte damit auf Probleme aufmerksam.

Ein Punkt, den auch die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus ansprach: Viel zu oft werde Integration einseitig mit dem Islam in Verbindung gebracht. „Aber nicht



Der Islam-Beauftragte der hannoverschen Landeskirche, Wolfgang Reinbold, sprach beim Treffen des Niedersächsischen Integrationsrates über den Umgang mit Religionsvielfalt.

Foto: Nele Behrens

alle Migranten sind Muslime, nicht alle Muslime sind Migranten“, sagte die Göttinger Professorin dem Evangelischen Pressedienst. Flüchtlinge müssten in der Gesellschaft stärker mit ihren unterschiedlichen Religionen wahrgenommen werden, forderte Spielhaus. „Um wirklich eine plurale Gesellschaft zu entwickeln, müssen wir umdenken.“

Der Islam-Beauftragte der hannoverschen Landeskirche, Professor Wolfgang Reinbold, kritisierte, dass Migranten und ihre Kinder in Deutschland noch viel zu oft als „Ausländer“ wahrgenommen würden. Wer einen ausländisch klingenden Familiennamen und womöglich noch dunkle Haare habe, werde von vielen nicht als Deutscher angesehen,

sagte Reinbold. In den vergangenen Jahren sei ein Wort entstanden, das sich „wie eine Epidemie“ verbreite: „Bio-Deutsch“. Das Wort werde oft halb im Spaß verwendet, um diejenigen, die immer schon Deutsche waren, von denen zu unterscheiden, die erst vor einigen Jahren oder Jahrzehnten deutsche Staatsbürger geworden seien. „Dabei ist das kein Spaß“,

betonte Reinbold. „Bio“ klinge zwar harmlos; „Aber es ist dasselbe, was man früher ‚Rasse‘ nannte.“ Wer so rede, spiele denen in die Hände, die heute das „Völkische“ wieder salonfähig machen wollten.

Die Integration sei eine „gewaltige zivilgesellschaftliche Aufgabe“, für die es keine einfachen Lösungen gebe, sagte Reinbold. „Das Konzept des Melting-Pots kann nicht funktionieren.“ Ihm zufolge finden sich Menschen immer in Gruppen zusammen, eine komplette Mischung sei unwahrscheinlich.

Für die Zukunft wünscht sich der Niedersächsische Integrationsrat vor allem eine differenziertere Diskussion in der Gesellschaft – mehr Fakten, weniger Emotionen. Bürgermeisterin Annegret Ihbe sagte abschließend: „Wir müssen das als Stadt offen gestalten. Und ich wünsche mir, dass wir mehr miteinander und weniger übereinander reden.“